

7. Im April 1980 lag der Westabteilung erneut eine Information der DKP zu Parteiordnungsverfahren im Jahre 1979 vor.<sup>135</sup> Danach hatte es 1979 46 Parteiordnungsverfahren gegeben nach 64 im Jahre 1978. 15 Verfahren endeten 1979 mit Ausschluß, sieben mit dem Austritt. Über die Hälfte der davon Betroffenen bekleidete Funktionen in Gruppenvorständen und auf Kreisebene. Höhere Parteiebenen wurden nicht erwähnt. Wieder sollen sich 6 „Agenten“ und „Provokateure“ darunter befunden haben.

8. Am 31.3.1982 verfaßte die zentrale Schiedskommission der DKP den entsprechenden Überblick für das Jahr 1981.<sup>136</sup> Danach war die Zahl der Verfahren insgesamt weiter zurückgegangen (27), ebenso die Zahl der Ausschlüsse (17). Wie schon 1979 und 1980 hatte es keine Ausschlüsse mehr wegen politisch gegensätzlicher oder feindlicher Positionen gegeben, wohl aber einen Anstieg in der Anzahl ausgeschlossener „Agenten“ und „Provokateure“. Erstmals machte sich der Bericht jedoch Gedanken darüber, ob Ausschlossene nicht andernorts den Wiedereintritt versuchten und ob nicht die den Parteiordnungsverfahren Unterworfenen einer systematischen Ausforschung über „Arbeitsweise, Methoden, Hintermänner, Zeitraum der Agententätigkeit usw.“ zugeführt werden sollten. Ob hier nun ein Verschwörungssyndrom bei den Verantwortlichen vorlag oder nicht; man wollte sich in „echter“ geheimdienstlicher Tätigkeit versuchen jenseits aller datenschutzrechtlichen Vorschriften, denen diese Partei formell ja unterlag.

### 3. *Finanzierung und Finanzquellen*

Ein weiterer Punkt des Gutachtauftrages lautete, angesichts der neuen Materiallage das Augenmerk auf erweiterte Möglichkeiten zu richten, das Finanzgebaren der DKP stärker als bisher zu erhellen.

Die weitestgehenden Untersuchungen über Finanzgebaren und Finanzquellen der DKP liegen in den Arbeiten von Karlheinz Winkler und Göttrik Wewer vor. Während Winkler eine Schätzung des erforderlichen Etats auf der Grundlage der sichtbaren ausgabenwirksamen Aktivitäten der DKP vornimmt und von daher die These von der „100-Millionen-Partei“ aufstellt, schildert Wewer Details der finanztechnischen Abwicklung und lenkt den Blick vor allem auf die Auslandsfirmen als die „Bankschalter der SED“, an denen die DKP ihre Schecks einlöste. Die Arbeit von Wilke u. a. gibt einen zusammenfassenden Überblick vom Stand 1990 zu Beginn der sich öffnenden Archive.

135 Westabteilung. im April 1980. Information zu Parteiordnungsverfahren 1979 in der DKP. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/202–503.

136 Zentrale Schiedskommission. 31.03.1982. Vorlage. Betr.: Information über Parteiordnungsverfahren und Verfahren zur Wahrung statutarischer Rechte im Jahr 1981. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/10.02–8.

Aus dem ersten und zweiten Teilbericht des Schalck-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages sind nun eine Reihe zusätzlicher Details bekannt geworden, die die in den angegebenen Arbeiten aufgestellten Thesen weitgehend stützen. Auf die folgenden Dokumente ist in diesem Zusammenhang aufmerksam zu machen:

Dokument 142: „Ordnung für die einheitliche Leitung und Kontrolle der Tätigkeit der Firmen in der BRD und anderen kapitalistischen Ländern, die sich im Eigentum der SED befinden.“<sup>137</sup> Die „Ordnung“ legt u. a. fest, wie die fingierten Arbeitsverhältnisse der „in den Firmen verankerten Berufsrevolutionäre“ vor den Behörden abzusichern sind. Dabei wird auf die „bisherige Praxis“ verwiesen, wonach „der Leiter der Abteilung Verkehr Vorschläge für Geschäftsführer und Prokuristen der Firmen unterbreitet, die DKP-Mitglieder sind.“ Es wird auch auf die Praxis von Sonderzuwendungen für die „Bruderparteien“ verwiesen: „Auf Vorschlag der Bruderparteien, wie DKP, SEW u. a. werden diesen Parteien bestimmte Geschenke in Spendenform für Pressefeste, Parteitage usw. in Abstimmung mit der Abteilung Verkehr und des Staatssekretariats für Kommerzielle Koordinierung zur Verfügung gestellt.“ „Die Druckereien HESKA GmbH, Hainburg und HESKA-PORTUGUESA in Lissabon sowie Druckerei und Verlag GmbH Plambeck & Co. werden wie bisher von der Abteilung Verkehr betreut.“ Heska und Plambeck gehörten zum Medienimperium der SED und stellten u. a. die sog. Messe-Magazine her, in denen westliche Ausstellungsinteressenten an den DDR-Messen mit überhöhten Inseratspreisen Geld für die DKP mobilisieren halfen. Aus dem Dokument angefügten Leseabschrift von Anlagen geht hervor, daß von der DKP, der Redaktion „UZ“ und dem Bundesvorstand der SDAJ genutzte Immobilien SED-Parteivermögen waren und durch Firmen des Bereichs Kommerzielle Koordination verwaltet wurden.

Dokument 202 gibt für das Jahr 1988 eine Abrechnung der Valutaeinnahmen der SED-Firmen wieder.<sup>138</sup> Daraus ist u. a. ersichtlich, daß die Parteizeitung „UZ“ eine jährliche Subvention von 12 Mio DM erhielt. Karlheinz Winkler hatte mit seiner indirekten Schätzmethode für das Jahr 1975 einen jährlichen Fehlbetrag von lediglich 2,6 Mio DM errechnet. Diese Differenz kann nicht allein preissteigerungsbedingt erklärt werden.

Dokument 243 beleuchtet im Vorfeld der Bundestagswahl 1976 die Praxis der SED, am DDR-Geschäft interessierte westliche Firmen für Spenden zur Finanzierung des DKP-Wahlkampfes heranzuziehen.<sup>139</sup> Auf diese Weise gelang es innerhalb weniger Monate, mehr als 760.000,- an Spenden für den Wahlkampf der DKP zu mobilisieren, wie Schalck-Golodkowski in

137 Deutscher Bundestag: Erste Beschlußempfehlung und erster Teilbericht..., BT-Drucksache 12/3462, S. 1085 ff.

138 a.a.O., S. 1500 ff.

139 Deutscher Bundestag, a.a.O., S. 1760 ff.

einem an Honecker gerichteten Informationsschreiben berichtete.<sup>140</sup> Wie ein zusätzlicher handschriftlicher Vermerk auf dem Dokument 243 belegt, ergab sich jedoch die Schwierigkeit, „daß sich die meisten westdeutschen Firmen unter dem Druck des Bundesverfassungsschutzes weigern, offene Spenden unter ihrem Namen auf die Konten des DKP-Parteivorstandes zu überweisen. Trotz dieser Lage wurden die notwendigen Maßnahmen zur Durchführung dieses Auftrages sofort eingeleitet. Es wird für nützlich erachtet, solche politisch wichtigen Maßnahmen etwas langfristiger anzukündigen, um optimale Ergebnisse erreichen zu können.“<sup>141</sup>

Ausdrücklich wird in dem Dokument der vierfache Zweck derartiger Firmen Gründungen noch einmal resümiert: Sie gaben die legale Basis ab für die Beschäftigung hauptamtlicher Parteikader, sie sollten die legale Inserierung in der Parteipresse und anderen Publikationen und die legale Überweisung von Geldspenden an die Partei ermöglichen sowie erlauben, Bargeldtransaktionen für die Partei durch ausgewählte Firmenangestellte abzudecken. In der Anhörung des 1. Untersuchungsausschusses wurden diese Angaben durch den Zeugen Ahrend vom Bundesamt für Verfassungsschutz bestätigt. Nach seinen Aussagen hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz Erkenntnisse, daß die Geschäftsführer der Parteifirmen die Geldkurier der DKP waren, und zwar auch für ganz erhebliche Bargeldbeträge.<sup>142</sup> Diese Aussage wurde nicht nur durch die Angaben des Zeugen Wildenhain, ehem. Leiter der ZK-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe gestützt, sondern auch durch die publizierte Großspenderliste der DKP.<sup>143</sup> Danach waren die drei größten privaten Einzel-“Spender“ der DKP in den Jahren 1986 bis 1988, die der Partei insgesamt 2,7 Mio. DM zukommen ließen, zugleich Geschäftsführer in SED-Firmen.<sup>144</sup> Eindeutige Belege hierfür ergeben sich aus dem zweiten Teilbericht des Schalck-Ausschusses.<sup>145</sup>

Ein anderer Umstand deutet jedoch auf noch erheblichen Aufklärungsbedarf hin. Es wurden und werden außerordentlich differierende Angaben um den Gesamtumfang der jährlichen Finanztransfers gemacht. Karlhein Winkler ging auf der Grundlage seiner externen Schätzmethode von einem jährlichen Gesamtetat der Partei incl. Neben- und Vorfeldorganisationen von rund 100 Mio. DM aus, wovon die Partei 5–6 Mio. DM aus eigenem Aufkommen

140 Information über den Stand der Spendenaktion DKP, abgezeichnet „EH. 25.8.76“. Kopie liegt dem Gutachter vor.

141 Deutscher Bundestag, ebda.

142 1. Untersuchungsausschuß, Anhörung am 28.10.1933.

143 Diese Angaben sind für die Jahre 1970–1988 zusammengestellt in: Wilke u. a.: Die DKP, a.a.O., S. 140 ff.

144 Es handelt sich um den DKP-Mitbegründer Wilhelm Schwettmann sowie um die Geschäftsführer Georg Gattel und Walter Welker.

145 Zweite Beschlußempfehlung und zweiter Teilbericht, a.a.O., III. Beschreibung der zum Bereich Kommerzielle Koordinierung gehörenden Unternehmen, S. 80 f. Alle drei waren für Unternehmen der Firmengruppe Wittenbecher & Co. tätig.

aufgebracht habe. Der Zeuge Wildenhain gab jährliche Zuwendungen an die DKP in Höhe von 50 bis 60 Mio. DM und an die SEW in Höhe von 12 bis 15 Mio. DM an, die aus seinem Bereich nach bestätigten Jahresplänen an die beiden Parteien flossen. Zusätzliche Finanztransfers aus anderen Quellen mochte er nicht ausschließen. Der Zeuge Ahrend gab an, daß nach seinem Kenntnisstand die Beitragsmoral der DKP-Mitglieder außerordentlich zu wünschen übrig ließ und daher in Wirklichkeit als minimal und weit unterhalb der offiziellen Angaben der Partei einzuschätzen sei. Danach wäre der Anteil der Fremdfinanzierung am Gesamtetat der DKP auf über 95% anzusetzen gewesen bei einem geschätzten Etatvolumen von ca. 80 Mio. DM.

Betrachtet man im Gegensatz zu dieser Quellenlage die tatsächliche Auskunftskraft der bislang im Bundesarchiv zugänglichen Materialien, so läßt sich deren Aussagebereich folgendermaßen eingrenzen:

Die im ZK-Sekretariat beschlossenen Gesamtfinanzpläne der SED geben zwar summarisch die Aufwendungen für die Westarbeit an, jedoch nur in Mark der DDR, und d.h. für jene Teile, die als Personal- oder in der DDR erbrachte Sachaufwendungen dort ausgabewirksam wurden. Sämtliche Transfers, und das wären die im Rahmen dieser Expertise interessanten Informationen gewesen, sind in einer solchen Bilanzierung nicht erfaßt, sondern wurden getrennt und in der Regel verdeckt abgewickelt.

Der Vergleich der Aussagekraft dieser wenigen Angaben belegt, daß die entscheidenden Quellen bislang alle außerhalb des bis dato gesichteten Quellenbestandes im ehem. SED-Parteiarchiv zu lokalisieren gewesen sind. Hinweise darauf, daß aufgrund ungesichteter Materialien hier eine dramatische Trendwende zu erwarten wäre, haben sich bisher nicht ergeben.

9. Empfehlung: Aus den genannten Gründen wäre es ratsam, zu einem späteren Zeitpunkt in einer gesonderten Expertise die bis dahin disparat angefallenen Erkenntnisse über das Finanzwesen der SED im Verhältnis zur DKP zusammenzuführen und dabei insbesondere die folgenden, z.T. bereits erwähnten Quellen heranzuziehen:

1. Teilberichte des 1. Untersuchungsausschusses
2. Auskünfte der Unabhängigen Kommission Vermögen der Parteien und Massenorganisationen und der Treuhandanstalt
3. Auskünfte des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit
4. Die beim PDS-Vorstand gelagerten KPD- und DKP-Archivalien